STEUBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK

MORNING NEWS
16. Juni 2025

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	VERÄNDERUNG %	VORTAG
DAX	23.516,23	-255,22	-1,07	23.771,45
MDAX	29.742,09	-459,61	-1,52	30.201,70
TEC DAX	3.800,99	-61,73	-1,60	3.862,72
Euro Stoxx50	5.290,47	-70,35	-1,31	5.360,82
Bund Future	130,73	-0,05	-0,04	130,78
Gold in US-$	3.428,99	-3,35	-0,10	3.432,34
Bitcoin / US-$	106.288,15	1.536,66	1,47	104.751,42

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	VERÄNDERUNG %	VORTAG
DJ 30	42.197,79	-769,83	-1,79	42.967,62
NASDAQ	21.631,04	-282,28	-1,29	21.913,32
Nikkei 225	38.306,08	471,83	1,25	37.834,25
Hang Seng	23.864,20	-28,36	-0,12	23.892,56
Euro / US-$	1,1535	-0,00	-0,12	1,1549
Öl (Brent) US-$	74,97	0,74	1,00	74,23
Ethereum / US-$	2.576,04	72,15	2,88	2.503,95

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	23.405	-111
NASDAQ Future	21.672,50	+28,25

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	VERÄNDERUNG %	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in $	VOLUMEN NYSE
SAP AG	254,31	-0,44	-0,00	254,75	293,36	1.445.064,00
Nokia OJ	4,50	-0,01	-0,00	4,51	5,19	15.360.657,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX	Heute keine wichtigen Unternehmenstermine			
Europäische Unternehmen	Heute keine wichtigen Unternehmenstermine			

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
EWU	Bloomberg Wirtschaftsumfrage Euro-Zone	Juni	08:30	n/a
EWU	Bloomberg Wirtschaftsumfrage Deutschland	Juni	08:35	n/a
EWU	Arbeitskosten (y/y)	Q1	11:00	n/a (3,7%)
USA	Empire State Index	Juni	14:30	-6,3 (-9,2)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)
Volumen NYSE	1,18 (1,07)
Volumen NASDAQ	8,98 (16,21)

()=Vortag

US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
10-jährige Bonds	-0,437	4,41%
30-jährige Bonds	-0,984	4,90%

Der **Angriff Israels auf den Iran** und der **Vergeltungsangriff des Iran auf Israel** sorgen für **Nervosität an den US-Börsen**. Der Dow-Jones-Index der Standardwerte notierte am Freitag 1,8 Prozent tiefer bei 42.198 Punkten. Der technologielastige Nasdaq gab 1,3 Prozent auf 19.407 Zähler nach und der breiter gefasste S&P 500 büßte 1,1 Prozent auf 5977 Stellen ein. "Ich denke, die Marktteilnehmer verstehen, dass dies eine Fortsetzung des Krieges zwischen Iran und Israel ist", sagte Jed Ellerbroek, Portfoliomanager beim Investitionsverwalter Argent, mit Blick auf die vergleichsweise moderaten Kursverluste. "Ich glaube nicht, dass sie mit einer dramatischen Eskalation von diesem Punkt an rechnen."

Israel hatte in der Nacht auf Freitag den Iran angegriffen. Der Iran startete am Freitagabend Vergeltungsangriffe. "Die große Frage ist natürlich: Wie weit wird das gehen?", sagte Chris Scicluna, Chefanalyst beim Finanzdienstleister Daiwa

Capital Markets. "Der Markt hat bisher richtig reagiert: Aktien runter, Öl und Gold rauf." Die Preise für Rohöl der Sorte **Brent** und US-Leichtöl **WTI** schossen indes zeitweise um fast 15 Prozent nach oben. Danach pendelten sie sich bei einem Plus von rund sieben und sechs Prozent ein, doch mit 74,64 und 73,41 Dollar je Fass (159 Liter) lagen sie trotzdem auf dem höchsten Niveau seit Monaten.

Es könnte nun nicht nur der zuletzt stärkere Ölexport des Iran für eine Weile ausfallen, sagte Jochen Stanzl vom CMC Markets. "Man muss auch befürchten, dass andere Ölförderanlagen der Region unter Beschuss geraten, sollte sich aus dem Angriff ein größerer Konflikt entwickeln." Gefährdet sei zudem der Transport von Öl durch die Straße von Hormus, eine der wichtigsten Schifffahrtsrouten für die weltweite Ölversorgung.

Wegen des steigenden Ölpreises gerieten Airline-Aktien unter Druck. Zusätzlich belastet wurden die Fluggesellschaften laut einem Händler durch die Umleitung oder Streichung vieler Flüge über Israel, Iran und Irak. **JetBlue**, **American Airlines**, **Alaska Air** und **United Airlines** verloren zwischen vier und sechs Prozent.

Gefragt waren hingegen Aktien aus dem Rüstungssektor. Die Anteilsscheine von Unternehmen wie **Lockheed Martin**, **Northrop Grumman** und **RTX** legten um jeweils rund 3,5 Prozent zu.

Nach oben ging es auch für Reederei-Titel. Anleger spekulierten darauf, dass Störungen im Schiffsverkehr im Nahen Osten die Frachtraten nach oben treiben könnten. Die Aktien von **Navios Maritime Partners**, **Teekay Tankers** und **International Seaways** rückten um bis zu sechs Prozent vor.

Auf der Suche nach möglichst risikoarmen Anlagen griffen die Investoren vor allem bei **Gold** zu. Der Preis stieg um bis zu 1,8 Prozent auf rund 3446 Dollar je Feinunze und näherte sich damit wieder seiner Ende April erreichten Rekordmarke von 3500,05 Dollar je Feinunze. Sollte es zu Störungen der Ölversorgung kommen – sei es direkt durch Angriffe oder indirekt durch politisch verordnete Maßnahmen – oder sollte sich der Konflikt in der Region ausweiten, könnte der Aufwärtstrend bei Gold anhalten, sagte Carsten Menke von Julius Bär.

Gefragt war zeitweise auch die US-Währung: Der **Dollar-Index** kletterte um bis zu 0,7 Prozent auf 98,59 Punkte. Danach baute er jedoch seine Gewinne größtenteils wieder ab. Auf Wochensicht blieb der Greenback, der seit Monaten unter der Zollpolitik von US-Präsident Donald Trump leidet, angeschlagen.

Unter die Räder gerieten auch die Kryptowährungen. Der **Bitcoin** verlor 0,7 Prozent auf 105.300 Dollar, während **Ether** und **Ripple** knapp vier und gut zwei Prozent einbüßten. "Alles, was mit Risiko zu tun hat, wird in solchen Momenten gemieden", erläuterte Timo Emden vom Analysehaus Emden Research.

US Unternehmen

US-Präsident Trump hat die Übernahme von **US Steel** durch den japanischen Konkurrenten **Nippon Steel** für 14,9 Milliarden Dollar genehmigt. Damit endet ein 18 Monate andauerndes Übernahmeringen, das in den USA unter Beschuss von politischer und Gewerkschaftsseite stand. Trump unterzeichnete am Freitag eine Anordnung, die den Zusammenschluss unter der Bedingung erlaubt, dass die Unternehmen eine Vereinbarung mit dem Finanzministerium zur Lösung nationaler Sicherheitsbedenken unterzeichnen. Die Konzerne gaben daraufhin bekannt, diese Vereinbarung unterzeichnet zu haben. US Steel erhält mit der Übernahme dringend benötigte Investitionen, Nippon Steel kann von US-Infrastrukturprojekten profitieren und dabei von Trump verhängte Stahlzölle umgehen (Reuters).

Der US-Flugzeughersteller **Boeing** rechnet für die nächsten 20 Jahre mit einer etwas schwächer wachsenden **Nachfrage** nach neuen Jets als zuletzt. Bis zum Jahr 2044 würden voraussichtlich 43.600 neue Maschinen benötigt, teilte der Konzern kurz vor der weltgrößten Luftfahrtmesse in der Nacht zum Sonntag in Paris mit. Vor einem Jahr hatte Boeing bis zum Jahr 2043 noch fast 400 Maschinen mehr vorausgesagt (dpa/AFX).

Die **"Washington Post"** ist einem Bericht des *"Wall Street Journal"* ("WSJ") zufolge **Ziel eines Hackerangriffs** geworden. Als wahrscheinlicher Urheber des Angriffs gelte ein ausländischer Staat, berichtete das "WSJ" am Sonntag und berief sich auf mit der Angelegenheit vertraute Personen. Mitarbeiter der Hauptstadtzeitung seien darüber informiert worden, dass

Microsoft-Benutzerkonten von Journalisten kompromittiert worden seien. Damit sei ein Zugriff auf dienstliche E-Mails möglich gewesen. Betroffen seien Journalisten, die über nationale Sicherheit, über Wirtschaftspolitik und über China schreiben, hieß es in dem Bericht.

Marktmeldungen

Zum Auftakt der Verhandlungen über den künftigen Finanzrahmen der Europäischen Union pocht die **Bundesregierung** auf eine begrenzte Reform der **EU-Haushaltsregeln**. Das geht aus einem *Reuters* am Samstag vorliegendem Positionspapier hervor. Obwohl die Gemeinschaft vor großen Herausforderungen steht, wird in dem Konzept eine deutliche Anhebung des EU-Etats abgelehnt. "Für eine Erhöhung des Volumens des Mittelfristigen Finanzrahmens (MFR) gemessen an der Wirtschaftskraft gibt es keine Grundlage", heißt es in dem in der Bundesregierung abgestimmten Papier. Die finanziellen Spielräume der Mitgliedstaaten blieben "auf absehbare Zeit" begrenzt. Stattdessen wird der Fokus darauf gelegt, dass die EU ihre Ausgaben überprüfen und neue Schwerpunkte legen müsse, die "europäischen Mehrwert" brächten. In Regierungskreisen hieß es, das Papier sei der EU-Kommission am Donnerstag übersandt worden.

Unionsfraktionschef Jens Spahn fordert laut einem Medienbericht eine **Struktur bei der Bundeswehr**, die eine Rückkehr zur **Wehrpflicht** ermöglicht. "Es muss auf jeden Fall eine Struktur bei der Bundeswehr geschaffen werden, die eine zügige Rückkehr zur Wehrpflicht möglich macht. Das geht nicht von heute auf morgen, aber wir müssen mit den Vorbereitungen beginnen", sagte Spahn der *"Rheinischen Post"*.

Bundeskanzler Friedrich Merz erwartet, dass der Konflikt zwischen **Israel** und **Iran** beim anstehenden **G7-Gipfel** auf der Agenda sehr weit oben stehen werde. Für ihn sei klar, dass der Iran keine Nuklearwaffen entwickeln und besitzen dürfe, sagt Merz vor seiner Abreise zu dem Gipfel in Kanada. Dies wäre eine existenzielle Bedrohung Israels, des Nahen Ostens und der internationalen Staatengemeinschaft insgesamt. Zu den jüngsten Entwicklungen sagt Merz: "Israel hat das Recht, seine Existenz und die Sicherheit seiner Bürger zu verteidigen." Deutschland habe auch Vorkehrungen getroffen, um jüdische Ziele hierzulande zu schützen, falls dies notwendig sei (Reuters).

Die **EU-Außenbeauftragte** Kaja Kallas hat für Dienstag eine **Videokonferenz der EU-Außenminister** zur **Entwicklung im Nahen Osten** einberufen. Ziele seien ein Meinungsaustausch, eine Koordinierung der diplomatischen Beziehungen zu Israel und dem Iran und eine Beratung möglicher weiterer Schritte, teilt ein Sprecher mit (Reuters).

Der **Luftkrieg** zwischen **Israel** und dem **Iran** ist voll entbrannt. Beide Staaten überzogen sich nach dem israelischen Erstschlag auf Atomanlagen und militärische Ziele mit mehreren Angriffswellen. "Wenn Chamenei weiterhin Raketen auf die israelische Heimatfront abfeuert, wird Teheran brennen", warnte Verteidigungsminister Israel Katz am Samstag mit Blick auf das Oberhaupt der Islamischen Republik, Ajatollah Ali Chamenei. Dieser hatte zuvor angekündigt: "Das zionistische Regime wird von den Folgen seines Verbrechens nicht verschont bleiben.". Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu nannte einen Regimewechsel im Iran als mögliches Ergebnis der Angriffe, mit denen Israel eine "existenzielle Bedrohung" abwehre (Reuters).

US-Präsident Donald Trump hat Insidern zufolge einen **israelischen Plan zur Tötung von Irans Oberstem Führer** Ajatollah Ali Chamenei zurückgewiesen. Israel habe den USA mitgeteilt, es habe Möglichkeit, Chamenei zu töten, sagten zwei hochrangige US-Vertreter der Nachrichtenagentur *Reuters*. Trump habe dies jedoch abgelehnt. "Haben die Iraner schon einen Amerikaner getötet? Nein. Solange sie das nicht tun, reden wir nicht einmal darüber, die politische Führung anzugreifen", sagte einer der Insider. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sagte dazu in einem Interview des Senders Fox News: "Es gibt so viele falsche Berichte über Gespräche, die nie stattgefunden haben, und ich werde nicht darauf eingehen."

US-Präsident Donald Trump erklärt auf seinem Kurznachrichtendienst Truth Social, es werde bald einen Frieden zwischen **Israel** und dem **Iran** geben. Derzeit würden viele Gespräche geführt, teilt er mit, ohne Einzelheiten zu nennen. Iran und Israel sollten ein Abkommen abschließen, schreibt er (Reuters).

Großbritannien könnte **Israel** im Konflikt mit dem **Iran** unterstützen, erklärt die britische Finanzministerin Rachel Reeves. Allerdings diene die Entsendung zusätzlicher Militärjets in den Nahen Osten hauptsächlich dem Schutz eigener Stützpunkte und Personals. Im Sender *Sky News* ruft Reeves zur Deeskalation auf. Der französische Außenminister Jean-Noel Barrot erklärt das iranische Atomprogramm zu einer Gefahr auch für Europa. Der **deutsche Außenminister** Johann Wadephul hat am Samstagabend erklärt, **Deutschland**, **Frankreich** und **Großbritannien** seien zu sofortigen **Gesprächen** mit Iran über das **Atomprogramm** bereit (Reuters).

Iranische Staatsmedien berichten, es seien aus dem ganzen Land **ballistische Raketen** mit **Ziel Israel** abgeschossen worden. Das israelische Militär bestätigt das. In Jerusalem und Tel Aviv gibt es Luftalarm, Sirenen heulen, wie *Reuters*-Augenzeugen berichten.

Der **iranische Präsident** Massud Peseschkian warnt, dass die **Reaktionen seines Landes auf Angriffe** "entschiedener und härter" ausfallen würden, sollten Israels "feindliche Handlungen" andauern. Laut iranische Staatsmedien fügt Peseschkian hinzu, dass das iranische Militär bisher "stark und angemessen" reagiert habe (Reuters).

Der **iranische Außenminister** Abbas Araghtschi sagt, sein Land habe mit den **Angriffen auf Israel** auf ausländische Aggressionen reagiert. Wenn diese Aggressionen aufhörten, würden auch die iranischen Reaktionen enden, fügt Araghtschi hinzu. Er warf Israel vor, die **Atomgespräche** zwischen dem **Iran** und den **USA** zu sabotieren. Diese Verhandlungen hätten den Weg für eine Einigung öffnen können. Der Iran hatte eine für Sonntag angesetzte sechste Gesprächsrunde im Oman als Reaktion auf die israelischen Angriffe abgesagt. Araghtschi warf den USA erneut vor, in den israelischen Angriff verwickelt zu sein. "Israels Angriff wäre ohne die Zustimmung und Unterstützung der USA niemals möglich gewesen", sagt der Minister. Der Iran glaube den US-Erklärungen nicht, dass die Vereinigten Staaten an den jüngsten Angriffen nicht beteiligt gewesen seien (Reuters).

Der **iranische Außenministeriumssprecher** Esmail Baghaei weist **Äußerungen des zypriotischen Präsidenten** Nikos Christodoulides zurück, **Botschaften der Regierung in Teheran** an **Israel** weitergeleitet zu haben. Christodoulides hat zuvor erklärt, er habe "einige Botschaften" auf Bitte des Iran übermittelt. Der Regierungschef des griechischen Teils der Mittelmeerinsel hat sich zudem als Mediator zwischen den beiden kriegsführenden Staaten angeboten. Dagegen erklärte der Außenamtssprecher der Islamischen Republik, Iran habe keine Botschaft über ein Drittland an Israel gesandt (Reuters).

Israel hat nach Angaben eines Militärvertreters noch eine **umfangreiche Liste von Angriffszielen** im **Iran**. Am Samstagabend seien etwa 80 Ziele in Teheran attackiert worden, sagt er weiter. Darunter befanden sich demnach zwei iranische Treibstoffanlagen mit "doppeltem Verwendungszweck", die sowohl für das Militär als auch das Nuklearprogramm genutzt würden (Reuters).

Israel hat am Sonntag eine **Evakuierungswarnung** an Menschen im **Iran** gerichtet, die in der Nähe von Waffenfabriken leben. Ein israelischer Militärsprecher veröffentlicht die Warnung in arabischer und persischer Sprache auf der Online-Plattform X. Die Warnung umfasse alle Waffenfabriken und deren Unterstützungseinrichtungen, erklärt der Sprecher (Reuters).

Im **Iran** sind nach dortigen Angaben seit dem Beginn der **israelischen Angriffe** 224 Menschen ums Leben gekommen. Davon seien 90 Prozent Zivilisten, berichten staatliche Medien (Reuters).

Bei **israelischen Angriffen** sind nach iranischen Angaben weitere **hochrangige Vertreter des iranischen Sicherheitsapparats** ums Leben gekommen. Der Chef des Geheimdiensts der Revolutionsgarden, Mohammad Kasemi, und sein Stellvertreter seien am Sonntag getötet worden, meldet die halbamtliche Nachrichtenagentur Tasnim (Reuters).

Der **Iran** hat nach eigenen Angaben **zwei Personen festgenommen**, die dem **israelischen Geheimdienst** Mossad angehören sollen. Sie seien in der Provinz Alborz festgenommen worden, als sie Sprengstoff und elektronische Geräte vorbereiteten, meldet die halbamtliche Nachrichtenagentur Tasnim unter Berufung auf die Behörden (Reuters).

Die vom Iran unterstützten **Huthi-Rebellen im Jemen** haben nach eigenen Angaben in den vergangenen 24 Stunden mehrere **ballistische Raketen** auf **Jaffa** im Zentrum Israels abgefeuert. Die Angriffe seien mit dem Iran abgestimmt worden, teilt die islamistische Miliz mit (Reuters).

US-Präsident Donald Trump hat den **Iran** vor einem **Angriff gegen die Vereinigten Staaten** gewarnt. Falls der Iran die USA in irgendeiner Weise angreife, werde das Land mit der Macht des US-Militärs "in einem noch nie dagewesenen Ausmaß" konfrontiert werden, erklärt Trump auf seiner Online-Plattform Truth Social. Die USA hätten nichts mit dem nächtlichen Angriff Israels auf den Iran zu tun, teilt Trump weiter mit. Zugleich forderte er den Iran zu einer **diplomatischen Lösung** auf. "Wir können leicht ein Abkommen zwischen Iran und Israel erreichen und diesen blutigen Konflikt beenden!!!", schreibt Trump (Reuters).

US-Präsident Donald Trump stimmt nach eigenen Angaben mit dem **russischen Präsidenten** Wladimir Putin darin überein, dass die **gegenseitigen Angriffe** von **Israel** und dem **Iran** enden sollten. In dem Gespräch beider Politiker am Samstag habe er Putin auch zu seinem Ende des Kriegs von **Russland** und der **Ukraine** aufgefordert. "Er denkt, so wie ich, dass dieser Krieg in Israel und dem Iran enden sollte, woraufhin ich erklärt habe, dass sein Krieg ebenfalls enden sollte", schreibt Trump auf seiner Plattform Truth Social (Reuters).

Irans Revolutionsgarden haben **Israel** vor **weiteren Feindseligkeiten** gewarnt. Sollte Israel seine Aktionen fortsetzen, würden die iranischen Angriffe "schwerer und umfangreicher" ausfallen, erklären die Garden. Ihre Raketen hätten Anlagen zur Treibstoffproduktion für Kampfjets in Israel getroffen, teilen sie weiter mit (Reuters).

Der **Iran** hat die **USA**, **Großbritannien** und **Frankreich** davor gewarnt, **Israel** bei der **Abwehr iranischer Angriffe** zu unterstützen. Andernfalls würde die Islamische Republik deren Stützpunkte und Schiffe in der Region ins Visier nehmen, berichten iranische Staatsmedien. Dies gelte für den Fall, dass diese Länder versuchen würden, die iranischen Angriffe auf Israel zu stoppen (Reuters).

Nach tagelangen Demonstrationen gegen seine **Migrationspolitik** und ungewöhnlich selbstkritischen Worten schwächt **US-Präsident** Donald Trump einem Medienbericht zufolge seinen strikten Abschiebekurs ab. Trumps Regierung habe ihren Schwerpunkt in der Kampagne für Massenabschiebungen abrupt verlagert, schreibt die *"New York Times"* unter Berufung auf namentlich ungenannte US-Beamte und eine interne E-Mail. Beamte der Einwanderungsbehörde ICE seien angewiesen worden, Razzien und Festnahmen in Landwirtschaftsbetrieben, Hotels und Restaurants weitgehend auszusetzen. Das Heimatschutzministerium bestätigte die neue Anweisung.

US-Präsident Donald Trump will alle Bemühungen zur **Abschiebung von Menschen**, die sich **illegal in den USA** aufhalten, ausweiten. "Ich habe meine gesamte Verwaltung angewiesen, alle möglichen Ressourcen für diese Bemühungen einzusetzen", sagte Trump in einem Beitrag auf seiner Social-Media-Seite Truth Social am Sonntag (Ortszeit). Dies gelte auch für Städte wie Los Angeles, Chicago und New York, in denen es seit der Ausweitung der Razzien gegen Einwanderer zu Protesten gekommen ist. Trump ging nicht näher auf Details ein und erklärte auch nicht, wie genau die Bemühungen aussehen werden (Reuters).

Der **Islamische Staat** (IS) ist wieder aktiv. Verantwortliche im Nahen Osten und im Westen haben davor gewarnt, dass die radikal-islamistische Organisation den Sturz des Regimes von Bashar Assad in **Syrien** ausnutzen könnte, um ein Comeback zu versuchen. Der IS tue nun genau das, sagen mehr als 20 Personen aus Sicherheitskreisen und der Politik in Syrien, dem Irak, den USA und Europa, mit denen die Nachrichtenagentur *Reuters* sprach. Der IS reaktiviere Kämpfer, verteile Waffen und Propaganda, identifiziere Ziele und intensiviere das Anwerben von Anhängern in Syrien und dem benachbarten **Irak**. "IS-Elemente haben nach Jahren der Zurückhaltung begonnen, wieder zurückzukehren, ermutigt durch das Chaos in Syrien", erläutert Abdul Ameer al-Bayati von der irakischen Armee.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron besucht am Sonntag in einem demonstrativen Akt der Solidarität **Grönland** angesichts der Gebietsansprüche von US-Präsident Donald Trump. Sein Besuch solle verhindern, dass das Gebiet "ausgeplündert" werde, sagte Macron vor seiner Abreise. Er ist der erste ausländische Staatschef, der seit Trumps

"Aneignungs"-Drohungen nach Grönland kommen wird. Das Staatsoberhaupt folgt damit den Einladungen der Ministerpräsidenten von Grönland und Dänemark. "Grönland ist ein europäisches Territorium und es ist normal, dass Europa und insbesondere Frankreich sein Interesse zeigen", sagte Außenminister Jean-Noel Barrot am Sonntag dem Sender *RTL*.

In den **USA** hat die Polizei laut einem Medienbericht den nach einem **Attentat auf Demokraten** flüchtigen **Verdächtigen festgenommen**. Wie der Sender ABC News am Sonntag (Ortszeit) unter Berufung auf mehrere Insider berichtete, soll der Mann in der Nähe seiner Farm bei Green Isle, Minnesota, verhaftet worden sein. Die Polizei nahm bisher noch nicht offiziell Stellung zu der Festnahme, jedoch veröffentlichte das Büro des Sheriffs von Ramsey County in Minnesota ein Foto in den sozialen Medien, das den mutmaßlichen Schützen Vance Luther B. in Gewahrsam zu zeigen scheint (Reuters).

Der **Präsidentin der Europäischen Kommission**, Ursula von der Leyen, zufolge muss der **Druck auf Russland** im Hinblick auf einen Waffenstillstand mit der Ukraine erhöht werden. Sie forderte am Sonntag (Ortszeit) vor dem G7-Gipfel die teilnehmenden Staaten auf, die **Sanktionen** zu verschärfen, um dieses Ziel zu erreichen. "Wir müssen mehr Druck auf Russland ausüben, um einen wirklichen Waffenstillstand zu erreichen, Russland an den Verhandlungstisch zu bringen und diesen Krieg zu beenden. Sanktionen sind für dieses Ziel von entscheidender Bedeutung", sagte sie auf einer Pressekonferenz im kanadischen Kananaskis (Reuters).

Ukrainische Streitkräfte haben nach Angaben von Präsident Wolodymyr Selenskyj das Vorrücken **russischer Truppen** in der nordöstlichen Region **Sumy** gestoppt. Die Kämpfe konzentrierten sich entlang der Grenze, teilt Selenskyj mit. Die russische Armee habe etwa 53.000 Soldaten in der Region zusammengezogen. Der russische Präsident Wladimir Putin will eine "Pufferzone" in den Regionen Sumy und Charkiw schaffen (Reuters).

Russische Streitkräfte haben nach Angaben des Moskauer Verteidigungsministeriums in der Nacht die **Ölraffinerie** in Krementschuk in der **ukrainischen Region Poltawa** angegriffen. Die Anlage versorge ukrainische Truppen im Donbas mit Treibstoff, teilte das Ministerium am Sonntag mit. Bei dem nach russischen Angaben erfolgreichen Angriff seien Raketen vom Meer und aus der Luft abgefeuert sowie Kampfdrohnen eingesetzt worden. *Reuters* konnte den Bericht nicht unabhängig überprüfen. Eine ukrainische Stellungnahme lag zunächst nicht vor.

Das Wachstum der **chinesischen Fabrikproduktion** ist im Mai auf ein Sechsmonatstief gefallen. Wie die Daten des Nationalen Statistikamtes am Montag zeigten, wuchs die **Industrieproduktion** um 5,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Damit verlangsamte sich das Wachstum gegenüber 6,1 Prozent im April und lag unter den Erwartungen der Analysten, die einen Anstieg von 5,9 Prozent prognostiziert hatten. Es war das langsamste Wachstum seit November vergangenen Jahres. Demgegenüber zogen die **Einzelhandelsumsätze** wieder deutlich an. Sind sind als ein Indikator für den Konsum um 6,4 Prozent gestiegen und lagen damit deutlich über dem Anstieg von 5,1 Prozent im April und den Prognosen für ein Wachstum von 5,0 Prozent (Reuters).

Automobile / Zulieferer

Dem Vorstandsvorsitzenden des angeschlagenen japanischen Autobauers **Nissan**, Ivan Espinosa, zufolge will das Unternehmen den Anteil des Automobilherstellers an seinem französischen Partner **Renault** reduzieren. Dies berichtete die Wirtschaftszeitung *"Nikkei"* am Montag. Der Verkauf der gesamten Fünf-Prozent-Beteiligung an Renault würde bei den derzeitigen Aktienkursen etwa 100 Milliarden Yen (etwa 554 Millionen Euro) einbringen, die Nissan für die Entwicklung neuer Fahrzeuge verwenden will, so der Bericht (Reuters).

Gesundheitswesen

Der schweizerische Pharmakonzern **Roche** stellt die Verabreichung der Gentherapie **Elevidys** zur Behandlung von Duchenne-Muskeldystrophie (DMD) bei nicht-gehfähigen Patienten ein. Der Schritt erfolgt nach zwei Todesfällen wegen akutem Leberversagen. Die Nutzen-Risiko-Verhältnis von Elevidys bei nicht-gehfähigen DMD-Patienten sei nach einer klinischen Überprüfung neu bewertet worden, teilte Roche am Sonntag mit. Das Unternehmen sei tief betroffen vom Tod

der beiden jungen Männer und arbeite daran, die mit der Elevidys-Behandlung verbunden Risiken zu vermindern (dpa/AFX).

Industrie

Der Industriekonzern **Thyssenkrupp** will beim tiefgreifenden **Umbau seiner Stahlsparte** zügig vorgehen. Auf die Frage, wie schnell die weiteren 30 Prozent an den Miteigentümer EP Group des tschechischen Unternehmers Daniel Kretinsky abgegeben werden, sagte Thyssenkrupp-Chef Vorstandschef Miguel Lopez *"Welt am Sonntag"*: "Ohne weiter Zeit zu verlieren, aber in der richtigen Reihenfolge: Zunächst einmal müssen wir den Bereich restrukturieren. Deshalb verhandelt der Stahlvorstand mit dem dortigen Betriebsrat und der IG Metall. Danach werden wir die nächsten Schritte in Richtung eines 50:50-Joint-Ventures vollziehen."

Öl & Gas

Der australische Öl- und Gasproduzent **Santos** will eigenen Angaben zufolge ein unverbindliches Übernahmeangebot eines Konsortiums unter der Führung des Ölriesen **ADNOC** aus Abu Dhabi in Höhe von 18,7 Milliarden Dollar unterstützen. ADNOC hat über seinen Investmentarm XRG zusammen mit der Abu Dhabi Development Holding Company (ADQ) und der Private-Equity-Firma Carlyle 5,76 Dollar je Santos-Aktie geboten, was einem Aufschlag von 28 Prozent gegenüber dem Schlusskurs des australischen Unternehmens am Freitag entspricht. "Der Verwaltungsrat von Santos bestätigt, dass er - vorbehaltlich einer Einigung über akzeptable Bedingungen für eine verbindliche Vereinbarung zur Umsetzung des Plans - beabsichtigt, den Santos-Aktionären einstimmig zu empfehlen, für die potenzielle Transaktion zu stimmen, sofern es keinen besseren Vorschlag gibt", so das Unternehmen (Reuters).

Reisen / Luftfahrt / Freizeit

Die israelische Fluggesellschaft El Al nimmt **bis Ende Juni keine Buchungen** für Flüge nach und aus **Israel** entgegen. Das teilt das Unternehmen auf seiner Webseite mit. Diese Regelung gelte, bis sich die Sicherheitslage gebessert habe (dpa/AFX).

Sonstige

Renault-Chef **Luca De Meo** verlässt den Autobauer und leitet einem Medienbericht zufolge künftig den Luxusgüterkonzern **Kering**. Bei Kering übernehme De Meo den Chefposten von dem Milliardär Francois-Henri Pinault, berichtete die Zeitung *"Le Figaro"* am Sonntag. Pinault ist bisher in einer Doppelrolle Chef des Vorstands und des Verwaltungsrats. Der Autobauer Renault bestätigte, dass De Meo das Unternehmen am 15. Juli verlassen werde, um eine Aufgabe außerhalb der Autobranche zu übernehmen (Reuters).

STEUBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK

FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Steubing AG
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Wolfgang Schroth
T +49 69 29716 144
wolfgang.schroth@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Steubing AG erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© Steubing AG. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt